

17.12

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister! Nach drei Tagen Budgetdebatte und Diskussion manifestiert sich leider das, was wir schon zu Beginn dieser Woche an Ihrem Budget kritisiert haben.

Zum zweiten Mal legen Sie dem Hohen Haus ein Budget vor, bei dem wir jetzt schon wissen, dass die Zahlen nicht stimmen werden. Sie hatten im März nicht einmal die Gnade, die Pandemiekosten im Ansatz hineinzukalkulieren und zu budgetieren.

Diesmal geht es Ihnen ganz ähnlich: Sie haben die Folgekosten des zweiten Lockdowns in diesem Budget nicht berücksichtigt.

Selbst wenn wir darüber hinwegsehen und dieses Adaptieren der Zahlen akzeptieren, entspricht so ein Budget, wie Sie es vorgelegt haben, nicht einem Budget, wie wir es in einer Krise brauchen. Aus unserer Sicht braucht es ein Krisenbudget, und ein Krisenbudget muss sich durch mehrere Punkte auszeichnen.

Es braucht einerseits Initiativen zugunsten der Arbeitsplätze – wir sehen eine der größten Arbeitslosigkeiten der Zweiten Republik –, und es braucht für die Unternehmen Hilfen und Unterstützungen, die kalkulierbar sind und auf die man sich verlassen kann. Es ist das Schlimmste für die Wirtschaft, dass die Verlässlichkeit vonseiten der Politik nicht da ist. Die Wirtschaft weiß nicht, worauf sie sich einstellen muss und wie sie reagieren soll. Verordnungen, Maßnahmen – Kollege Köllner hat es angesprochen –: Bei den Reisebüros, überall gibt es eigentlich ein Chaos. Das ist das Schädlichste für den Wirtschaftsstandort Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Zweite: Ganz entscheidend wäre jetzt eine Entlastung der Bezieher von kleinen Einkommen, eine Steuerreform, die die Bezieher kleiner Einkommen entlastet und von den Konzernen und den Millionären einen Beitrag einfordert. Sie machen genau das Gegenteil: Sie belasten die Pensionistinnen und Pensionisten, indem Sie morgen die Hacklerregelung abschaffen wollen.

Meine Damen und Herren, der dritte Punkt – und der ist mindestens so wichtig – sind Investitionen. Jetzt kann man nicht sagen, dass dieses Budget keine Investitionen beinhaltet – das stimmt für den Umwelt- und Klimabereich nicht –, aber ich möchte ein Beispiel dafür nennen, wie und in welchem Bereich Investitionen auch möglich wären. In ganz Österreich ist eines ganz massiv Thema: Es geht um die Höhe der Mieten. Wohnen ist in diesem Land in ganz vielen Gegenden einfach nicht mehr leistbar. Ich komme aus Vorarlberg, da nehmen die Mietkosten schon sehr viel vom Einkommen

weg. Gerade in Zeiten, in denen man in Kurzarbeit oder arbeitslos ist, ist das eine zusätzliche Belastung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Kollegin Ruth Becher hat gestern einen Vorschlag eingebracht, der grundvernünftig ist: Jetzt wäre die Möglichkeit, dass auch der Staat, der Bund in den Wohnbau investiert. Mit Mitteln der Europäischen Investitionsbank wäre das ganz einfach möglich, es ist finanzierbar. Wenn wir uns jetzt anstrengen, schaffen wir es, dass wir bis zu 30 000 Wohnungen im Jahr bauen, das wären 150 000 Wohnungen in einer Legislaturperiode. Das würde den Wohnungsmarkt entlasten, Mieten stabilisieren, Wohnen leistbar machen, die Wirtschaft ankurbeln und die Menschen entlasten. Das wäre eine nachhaltige, zukunftsfähige Politik. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

17.16

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Taschner. – Bitte.